



Euro-Kurzinformation (39)

im November 2014

☞ **Behinderungen des Welthandels nehmen zu**

Die Generaldirektion Handel der EU-Kommission legte am 17.11.2014 ihren 11. Bericht über potenziell handelsbeschränkende Maßnahmen bezogen auf den Zeitraum Juni 2013 bis Juni 2014 vor. Danach wird der Welthandel weiterhin zunehmend behindert. Noch immer zeigten die Handelspartner eine starke Tendenz zur Einführung handelsbeschränkender Maßnahmen. Die G20-Mitglieder und andere wichtige Handelspartner der EU hätten in dem Untersuchungszeitraum insgesamt 170 neue handelsschädigende Maßnahmen angenommen, aber nur 12 bereits bestehende protektionistische Handelsbarrieren beseitigt. Hierdurch käme es zu einer anhaltenden Unsicherheit in der Weltwirtschaft. Die Kommission wertet diese Entwicklung als klaren Widerspruch zu den Zusagen der G20, auf die Einführung neuer Handelsbeschränkungen zu verzichten und bestehende Hindernisse zu beseitigen. Die meisten, den Import beeinträchtigende, Einzelmaßnahmen gäbe es in Russland. Anlass zu besonderer Sorge gebe auch die gestiegene Zahl neuer Exportbeschränkungen. Zudem griffen viele Länder, vor allem China, häufiger auf diskriminierende inländische Abgaben, technische Vorschriften oder lokale Auflagen zurück, um ihre Märkte gegen ausländische Wettbewerber abzuschotten. Auch existierte weiterhin vielerorts die Einschränkung der Beteiligung ausländischer Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen, besonders in den USA.

Kommentar: Handeln, handeln, handeln!

☞ **Europäische Industriepolitik fit für das 21. Jahrhundert machen**

In ihrer Rede „An EU industrial policy fit for the 21st century“ am 12.11.2014 erläuterte die Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie und Unternehmen, Elzbieta Bienkowska (EVP), wie sie die europäische Industriepolitik reformieren und fit für das 21. Jahrhundert machen möchte. Anlass der Rede war die vom European Policy Center und vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisierte Konferenz „A new industrial policy for Europe“. In ihrer Rede sagte Bienkowska, dass das größte Problem der europäischen Industriepolitik der große Rückgang an Investitionen sei. Im Vergleich zu der Zeit vor der Wirtschaftskrise läge die Zahl der Investitionen 20 % unter denen vor der Wirtschaftskrise. Konkrete Maßnahmen seien besonders bei Dienstleistungen im Binnenmarkt, öffentlichem Auftragswesen, geistigem Eigentum und zur Schaffung eines günstigen Unternehmensumfelds nötig. Bezüglich der Automobil-, Chemie- und der Verteidigungsgüterindustrie sowie der Raumfahrt würden Initiativen gestartet werden. Der Forderung des Europäischen Rates vom März 2014 folgend, werde die Kommission Anfang 2015 einen umfangreichen Aktionsplan zur Förderung der europäischen Industrie vorlegen.

Kommentar: Investieren, investieren, investieren!

☞ Liberale Kommissare? Z.B. Cecilia Malmström

Die Schwedin Anna Cecilia Malmström ist schon eine erfahrene Kommissarin. Von den liberalen Kommissaren ist sie die einzige, die als Kommissarin wiedergewählt wurde. Wir hatten sie in der Euro-Kurzinformation (8) bereits vorgestellt. Geändert hat sich für sie ihr Aufgabenbereich. War sie bisher EU-Kommissarin für Innenpolitik, so ist sie jetzt für den Handel zuständig.

Im Februar dieses Jahres legte sie den EU-Antikorruptionsbericht vor, bei dem Deutschland noch relativ gut weg kam. Insgesamt stellte sie fest, dass das Ausmaß des Problems in den 28 Mitgliedstaaten atemberaubend sei. Die wirtschaftlichen Kosten, die durch die Korruption in der EU verursacht werden, schätzt die Kommission auf jährlich bis zu 120 Milliarden Euro.

In ihrem neuen Aufgabengebiet präsentiert sich Malmström als leidenschaftliche Anhängerin des internationalen Handels und der umstrittenen Abkommen CETA mit Kanada und TTIP mit den USA. Allerdings will sie sich dafür einsetzen, dass die bei außergerichtlichen Schiedsgerichten durchaus vorhandenen Missbrauchsmöglichkeiten ausgeschlossen werden.

„Ich bin davon überzeugt, dass der Handel ein ganz starkes Instrument ist, um aus der Krise herauszukommen, für Europa und für den Rest der Welt“, so Cecilia Malmström.

Kommentar: Wir sind gespannt, ob sie sich durchsetzen kann.

☞ Neue Regeln bei Abstimmungen

In Brüssel ist jetzt nicht nur eine neue Europäische Kommission im Amt, gemäß dem Vertrag von Lissabon gelten ab 1. November 2014 neue Abstimmungsregeln im europäischen Rat und im Rat. Wenn bisher jeder Mitgliedstaat eine festgelegte Anzahl von Stimmen – Deutschland z.B. 29 und Malta 3 – hatte, gilt künftig das Prinzip der doppelten Mehrheit. Diese ist erreicht, wenn mindestens 55% der Mitgliedstaaten mit ihrer einen Stimme eine Entscheidung befürworten und gleichzeitig diese Staaten 65% der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union repräsentieren. Bei 28 Mitgliedstaaten müssen demnach mindestens 15 Mitgliedstaaten, die mindestens 65% der Gesamtbevölkerung der EU darstellen, zustimmen. Auch an eine Sperrminorität ist gedacht: dafür sind die Stimmen von mindestens 4 Mitgliedstaaten erforderlich, die mindestens 35,1% der EU-Bevölkerung repräsentieren. Eine Einschränkung gibt es aber: bis zum 31.03.2017 kann ein Mitgliedstaat beantragen, dass Entscheidungen nach der bisherigen Regelung einer qualifizierten Mehrheit getroffen werden.

Kommentar: Wie mühsam ist es doch, in der Europäischen Union neue, gerechtere Regelungen durchzusetzen.

☞ Diese Schokolade schmeckt nicht

Als sich der belgische Schokoladenhersteller Ignace Libeert einen Überblick über die Bestellungen verschaffen wollte, die im späten September eigentlich für Weihnachten eingehen sollten, musste er feststellen, dass es keine gab; weder aus Großbritannien, noch aus den USA. Er fragte sich also, woran das lag und fand heraus, dass der Name „ISIS“ der Schokolade störte: „Unsere internationalen Kunden waren sehr aufgebracht darüber.“

Eine Umbenennung musste her. Jetzt heißt die Schokolade „Libeert“ wie der Besitzer des Unternehmens.

Kommentar: Guten Appetit!